

wurde. Auch der vertraglich vereinbarte Grundsatz, nach dem die Wirtschaftsbeziehungen des Saarlandes zur Bundesrepublik denen zu Frankreich gleichgestellt werden sollten, konnte als Erfolg deutscher Außenpolitik bezeichnet werden. Akzeptieren musste Bonn allerdings, dass das Statut einem Referendum unterworfen wurde. Angesichts der als sicher geltenden Zustimmung war dies ein ungünstiges Verhandlungsergebnis, zumal in den Jahren zuvor von bundesdeutscher Seite – auch mit Blick nach Osten – alle Anstrengungen unternommen worden waren, eine solche Volksabstimmung zu vermeiden. Einzig der vertraglich vereinbarte Friedensvertragsvorbehalt konnte diesen bitteren Beigeschmack dämpfen.

Die Ambivalenz des in Paris erzielten Verhandlungsergebnisses löste schon bei den Zeitgenossen eine heftige Kontroverse über die Bewertung dieses Schritts auf dem Weg zur Lösung der Saarfrage aus.³⁵ Letztlich wurde dieser Teil der Pariser Verträge nach einer leidenschaftlichen Debatte im Deutschen Bundestag nur mit einer knappen Mehrheit von etwa 60 Stimmen angenommen. Der quer durch alle Parteien verlaufende Widerstand konzentrierte sich dabei vor allem auf die Frage, ob der Friedensvertragsvorbehalt im europäischen Statut nicht zu schwach verankert war. War es hier nicht aus Rücksichtnahme auf die Interessen Frankreichs zu einem Tabubruch gekommen, der faktisch die Unverletzlichkeit der Grenzen Deutschlands und das Wiedervereinigungsgebot als wichtigste Grundlagen bundesdeutscher Außenpolitik in Frage stellte?

Widerstand gegen die Saar-Vereinbarung kam aber auch von anderer Seite. Saar-Spezialisten aus verschiedenen Parteien und Institutionen, die bereits in der Vergangenheit eigene Initiativen ergriffen hatten und oft über gute Kontakte zu oppositionellen Kräften an der Saar verfügten, befürchteten eine für sie inakzeptable Stärkung der Regierung von Johannes Hoffmann. Sie sprachen vor allem die Fragen an, welche das Saar-Abkommen – vor allem im wirtschaftlichen Bereich – offen gelassen hatte. Gleichzeitig erinnerten sie an ältere Konzepte und Lösungsansätze, mit denen den Saarländern möglicherweise ein Ausweg aus der alternativlosen Entscheidungssituation zwischen europäischem Statut und Rückfall in den vorherigen politischen Zustand hätte eröffnet werden können.

Schließlich brachen aber auch Konflikte innerhalb der Bundesregierung auf. Das von Jakob Kaiser geführte Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen war bereits seit Jahren in der Saarfrage engagiert und beanspruchte dabei mit seiner strikt auf die Wiedervereinigung und scharf gegen Hoffmann ausgerichteten Politik eine Führungsrolle. Abgesehen von den Dauerkonflikten mit dem Bundeskanzler, die spätestens nach den saarländischen Landtagswahlen von 1952 offen ausgebrochen waren, stand Kaisers Ministerium damit in Konkurrenz zum Auswärtigen Amt. Dort hatte man seit geraumer Zeit insofern einen konzilianteren Kurs verfolgt, als

³⁵ Vgl. die Quellen Nr. 86a, 86b u. 87.